

11.1. Die Lösung der Wohnungsfrage— entscheidender Bestandteil des sozialpolitischen Programms der SED

Die Wohnverhältnisse der Bürger sind Bestandteil und Ausdruck ihrer Lebensweise, d. h. der Art und Form der Gestaltung ihres gemeinschaftlichen und individuellen Lebens, für die die jeweilige Produktionsweise bestimmend ist. Die Wohnverhältnisse sind ein bedeutsamer produktiver gesellschaftlicher Faktor. Sie haben wesentlichen Einfluß auf die Entwicklung stabiler Ehen, das Heranwachsen gesunder Kinder, die Aneignung von Bildung und Kultur, die Erholung und Freizeitgestaltung der Menschen sowie auf die gesellschaftliche Kommunikation und damit letztlich auf die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten. Die Wohnverhältnisse werden ebenso wie die mit ihnen verknüpften sozialen Beziehungen von den politischen und ökonomischen Machtverhältnissen der betreffenden Gesellschaft bestimmt.

Unser sozialistischer Staat hat in Art. 37 der Verfassung der DDR das Grundrecht des Bürgers auf Wohnraum für sich und seine Familie verankert. Er gewährleistet dieses Recht durch die Förderung des Wohnungsbaus, die Erhaltung und Modernisierung des vorhandenen Wohnraums und dessen gerechte Verteilung unter öffentlicher Kontrolle. Die Bürger der DDR kennen nicht mehr die Furcht vieler Menschen in kapitalistischen Staaten, durch ein unsoziales Gesellschaftssystem und eine vom Profitstreben diktierte Wohnraumwirtschaft willkürlich ihren Wohnraum zu verlieren.

Wie auf anderen Gebieten des menschlichen Lebens erweist sich der Kapitalismus auch als unfähig, die Wohnungsfrage im Interesse der werktätigen Menschen zu lösen.

Während in den kapitalistischen Ländern einerseits supermoderne Wohnungen für die Reichen errichtet werden, haben andererseits nicht geringe Teile der Bevölkerung unter menschenunwürdigen Wohnbedingungen zu leiden. Allein in der BRD müssen nach eigenen Angaben über 800 000 Familien in Baracken und Notunterkünften leben.¹ Die privaten Bauunternehmer und Baugesellschaften erzielen mit dem Abriß von relativ billigen Altbauwohnungen und dem Aufbau teurer Neubauwohnungen horrende Profite. Die Preise für Eigentumswohnungen liegen bei 1 200,— DM pro m² und die Mieten bei über 10,— DM pro m². Sie sind insbesondere für Werktätige mit geringem Einkommen, vor allem für Arbeiterfamilien, kinderreiche Familien und Rentner, unerschwinglich.² Dadurch besteht der Widerspruch, daß viele der neugebauten Wohnungen leerstehen, während Tausende Familien unter unwürdigen Verhältnissen wohnen. So sollen beispielsweise allein in Frankfurt am Main 6 000 bis 10 000 Wohnungen unbewohnt sein; obwohl es in dieser Stadt 4 000 registrierte Fälle echter Wohnungsnot gibt. Im Gefolge der sich vertiefenden Krisenerscheinungen des Kapitalismus nimmt auch der Mietwucher ständig schärfere Formen an. Die Mieten machen gegenwärtig in der Mehrzahl der kapitalistischen Länder 30 bis 40 % des Einkommens der Werktätigen aus; sie stiegen allein in den letzten Jahren um 10 bis 12% an.

Bereits Engels stellte fest: „... erst durch die Lösung der sozialen Frage, d. h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung

1 Vgl. T. Guldman, Die Grenzen des Wohlfahrtsstaates, München 1976, S. 73.

2 Vgl. L. Wawrzyn/D. Kramer, Wohnen darf nicht länger Ware sein, Dannstadt/Neuwied 1974, S. 27.